

Beschlüsse der 34. Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V.

- 25 Jahre nach Tschernobyl: Atomkraft endlich abschalten
- Energiewende konsequent umsetzen
- Mehr Sozialarbeiter-innen an niedersächsischen Schulen
- Zivilcourage - Wie extrem ist das denn?
- Aussetzung der Wehrpflicht und doppelter Abiturjahrgang 2011 in
Niedersachsen: Junge Menschen brauchen eine Zukunft nach der Schule!

Beschluss der 34. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 26.02.2011

25 Jahre nach Tschernobyl: Atomkraft endlich abschalten - Energiewende konsequent umsetzen

Der 26. April 2011 ist der 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe. Der als Atomausstieg bezeichnete Atomkonsens zwischen rot-grüner Bundesregierung und den Energiekonzernen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall ist passé, ein Vierteljahrhundert nach dem Gau in der Ukraine hat die Bundesregierung die Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke um mehr als ein weiteres Jahrzehnt verlängert. Die Bevölkerung hat auf diese Entwicklungen mit massiven Protesten und der größten Anti-Atom-Demonstration seit Jahrzehnten reagiert. Doch die Bundesregierung hat die Interessen ihrer Bürgerinnen abgewiesen und Tatsachen geschaffen.

Diese Politik ist nicht zukunftsfähig!

Die Energiepolitik der Zukunft muss konsequent auf regenerative Energien sowie das Einsparen von Energie setzen. Weder Atomkraftwerke noch die Nutzung fossiler Energieträger sind der Weg zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung.

Die im LJR zusammengeschlossenen Jugendverbände setzen sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in Zukunft gesundheitlich unbelastet und in einer intakten Umwelt aufwachsen können. Bereits 2003 haben sie daher beschlossen, auf Ökostrom umzusteigen. Seitdem haben viele ihrer Einrichtungen und Büros den Stromwechsel vollzogen und andere Maßnahmen ergriffen, um den Weg in eine klimafreundliche Zukunft zu gehen.

Um eine zukunftsgerichtete Energiewende zu erreichen, fordern wir konkret von Bundes- und Landesregierung in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen:

- » Regenerative Energien müssen gezielt gefördert und ausgebaut werden!
- » Forschung und Förderung im Bereich der privaten Haushalte, auch zum Einsparen von Energie, muss vorangetrieben werden!
- » Fossile Kraftwerke und AKWs müssen schnellstmöglich, in Teilen sofort abgeschaltet werden!
- » Energiepolitik darf sich nicht nach Konzerninteressen richten, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Menschen und deren Lebensqualität in ihrer Umwelt orientieren!
- » Das Land Niedersachsen muss alles in seiner Kraft stehende tun, um die Einlagerung von Atommüll in unsicheren „Endlagern“ zu stoppen. Wir fordern zudem den sofortigen Stopp aller Transporte radioaktiven Mülls nach Gorleben!
- » Als aktiven Beitrag zur Energiewende und um eine Vorreiterrolle einzunehmen, soll das Land Niedersachsen alle Einrichtungen auf Ökostrom umstellen!

Beschluss der 34. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 26.02.2011

Mehr Sozialarbeiter-innen an niedersächsischen Schulen

Das Kultusministerium wird dazu aufgefordert, dass Personal- und Sachkosten für Schulsozialarbeiter-innen an Allgemeinen und Berufsbildenden Schulen zur Regelfinanzierung der Schulen gehören und nicht aus eigenen (Verwaltungs-) Mitteln bestritten werden müssen. Schulsozialarbeit ist eine notwendige Rahmenbedingung für den erfolgreichen Start in das Erwerbsleben.

Wir als Jugendverbände wünschen uns an allen Schulen Schulsozialarbeiter-innen als starke Partner-innen zur Zusammenarbeit und Ergänzung. Eine weitreichende Schulsozialarbeit ersetzt selbstverständlich nicht die Angebote der außerschulischen Jugendverbandsarbeit - und umgekehrt. Wir finden es nicht zielführend, über die Notwendigkeit der Integration Jugendlicher in Ausbildung und Arbeit zu sprechen, wenn zugleich keine Bereitschaft aufgebracht wird, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Sozialarbeit zählt auf jeden Fall zu diesen Rahmenbedingungen - und diese zu finanzieren, ist Landesaufgabe.

Beschluss der 34. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 26.02.2011

Zivilcourage - Wie extrem ist das denn?

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnt generell demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft ab. Es ist unbedingt zu verhindern, dass Weltanschauungen, die Utopien anderer Gesellschaftsordnungen beinhalten, unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit gestellt werden. Wir erklären uns solidarisch mit Initiativen gegen Faschismus und Rassismus, die durch ihre gute Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Vielfalt und Demokratie in diesem Land leisten. Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnt daher die Ausrichtung der von der Bundesregierung neu aufgelegten Förderprogramme „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus sowie die daran geknüpfte Unterzeichnung der sogenannten Extremismusklausel ab. Ein Operieren mit dem vorliegenden Extremismusbegriff des Verfassungsschutzes im Kontext der in Rede stehenden Programme ist ungeeignet, die Freiheit von Weltanschauung und Religion sowie die weltanschauliche Neutralität des Staates hinreichend zu schützen.

Die sogenannte Extremismusklausel fördert ein Klima des Misstrauens und der Denunziation. Sie ist ein Schlag in das Gesicht der Menschen und Initiativen, die sich bereits seit vielen Jahren und häufig trotz Gewaltdrohungen von rechts mutig und erfolgreich für eine starke Zivilgesellschaft und ein solidarisches und respektvolles Zusammenleben einsetzen. Weder die Menschen noch die Utopien und Ideen, die sich mit einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Diskriminierung beschäftigen, dürfen unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit geraten.

Wir sehen in den aktuellen Programmen der Bundesregierung den Versuch, uns selbst und/oder unsere Kooperationspartner-innen als extremistisch zu verunglimpfen und zu kriminalisieren. Aus diesem Grund lehnen wir die Ausrichtung der Programme und das in ihnen verwendete Vokabular in dieser Form ab und fordern auch die Vertreter-innen der Landesregierung auf, unsere Kritik zu berücksichtigen. Des Weiteren fordern wir die Bereitstellung von Geldern auf Landesebene, um einen Fachtag zu organisieren, auf dem die „Extremismusdebatte“ kritisch und auf wissenschaftlich und praktisch fundierter Perspektive diskutiert wird.

Beschluss der 34. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 26.02.2011

Aussetzung der Wehrpflicht und doppelter Abiturjahrgang 2011 in Niedersachsen: Junge Menschen brauchen eine Zukunft nach der Schule!

Das Land Niedersachsen wird dazu aufgefordert, die Folgen (Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde Bildungsperspektiven, mehr Warteschleifen im sogenannten Übergangssystem, steigende Belastung der Sozialsysteme) des doppelten Abiturjahrgangs im Jahr 2011 in Niedersachsen, die mit denen der bundesweiten Aussetzung der Wehrpflicht zusammenfallen, aufzufangen und mehr zu unternehmen, als bisher geplant ist. Wir fordern die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, entsprechende Unterstützung zu bekommen, da sich die Situation auch auf andere Bundesländer auswirken wird. Denn die Folgen im Hochschul- und Ausbildungsbereich wie auch im Bereich der Jugendfreiwilligendienste werden massiv sein.

Land und Bund müssen dafür sorgen, dass Hochschulen in den nächsten Jahren deutlich besser finanziell ausgestattet sind. Hochschulen dürfen mit diesen Aufgaben nicht alleine gelassen werden. Die Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern (Hochschulpakt II) sowie zwischen dem Land Niedersachsen und seinen Hochschulen (Zukunftsvertrag II) leisten dies nicht im ausreichenden Maße. Die Aufnahme von mehr Studienberechtigten muss entsprechend sozial begleitet werden. Auch für die Studierendenwerke müssen mehr Landeszuschüsse bereitgestellt werden, als bisher im Haushalt 2011 vorgesehen. Durch eine finanzielle Aufstockung müssen Bund und Land eine Ausweitung des Platzangebotes im Bereich der Jugendfreiwilligendienste ermöglichen. Dies darf nicht dazu führen, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse unterwandert oder abgebaut werden.

Freiwilliges Soziales und Freiwilliges Ökologisches Jahr bieten jungen Menschen ebenso wie der neu eingerichtete Bundesfreiwilligendienst die Chance, sich nach der Schule für ein Jahr gesellschaftlich zu engagieren. In diesem Zeitraum haben sie die Möglichkeit, ihren Erfahrungsschatz zu erweitern sowie persönliche und zukunftsvorbereitende Fähigkeiten und Kompetenzen zu erwerben.

Allerdings mussten z.B. im Bereich des FÖJ bereits im letzten Jahr ca. 75% der Bewerbungen abgelehnt werden. Diese Situation wird sich vor dem Hintergrund des Doppelabiturs und der Aussetzung der Wehrpflicht noch einmal massiv verschärfen.

Bei der Ausbildungsplatzsituation gibt es ebenfalls Handlungsbedarf: Die Situation darf nicht dazu führen, dass Abiturient-inn-en die Haupt- und Realschüler-innen auf dem Ausbildungsmarkt verdrängen. So müssen z.B. an Berufsschulen mehr vollzeitschulische Ausbildungsplätze angeboten werden, beispielsweise im Gesundheits- und Pflegebereich, wo sich in den nächsten Jahren ein Fachkräftemangel abzeichnet. Ebenfalls sind mehr duale Ausbildungsplätze nötig. Das ist eine Aufgabe von Unternehmen, die hier eine besondere soziale Verantwortung haben und in den nächsten Jahren ganz besonders auf neu ausgebildete Fachkräfte angewiesen sein werden. Leitwert dabei bleibt ein „auswahlfähiges Angebot von Ausbildungsplätzen“, so dass Jugendliche tatsächlich eine Ausbildung auswählen können und nicht einfach das annehmen müssen, was sie gerade finden können, was bekanntlich zu höheren Ausbildungsabbruchquoten führt. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 1980 konkrete Vorgaben gemacht, die nie umgesetzt werden konnten: Um das Grundrecht auf eine freie Wahl des Ausbildungsplatzes nach Art. 12 Grundgesetz zu verwirklichen, sind 12,5% mehr Lehrstellen als Bewerber-innen erforderlich.